

Schriftlicher Bericht

**des Ausschusses für Wirtschaft und Mittelstandsfragen
(15. Ausschuß)**

über den von der Bundesregierung zur Unterrichtung vorgelegten Vorschlag der Kommission der Europäischen Gemeinschaften für eine Verordnung des Rats zur Festlegung der allgemeinen Regeln für die Gewährung von Ausfuhrerstattungen und der Kriterien zur Festsetzung des Erstattungsbetrages hinsichtlich bestimmter landwirtschaftlicher Erzeugnisse, die in Form von nicht unter Anhang II des Vertrages fallenden Waren ausgeführt werden

— Drucksache V/3073 —

A. Bericht des Abgeordneten Dr. Steinmetz

Die obengenannte Verordnung — Drucksache V/3073 — wurde dem Ausschuß für Wirtschaft und Mittelstandsfragen entsprechend dem Beschluß des Bundestages vom 25. Juni 1959 — Drucksache 1187 — federführend und dem Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten mitberatend überwiesen.

Der vorliegende Verordnungsvorschlag der Kommission will die Ausfuhrerstattung für solche von Marktordnungen abhängige Verarbeitungserzeugnisse regeln, die nicht im Anhang II des EWG-Vertrages genannt sind. Die Verordnung soll an die Stelle der augenblicklich geltenden Verordnung

217/67 treten. Die neue Verordnung enthält einige Änderungen, die sich aus den inzwischen in Kraft getretenen gemeinsamen Marktordnungen ergeben. So sind u. a. Verbesserungen für die Festsetzung der Erstattungsbeträge auf Grund der praktischen Erfahrungen mit der Verordnung 217/67 vorgeschlagen, die u. a. den Bedürfnissen der exportorientierten Unternehmen angepaßt sind.

Die Ausschüsse haben gegen den Verordnungsvorschlag keine Bedenken und empfehlen dem Hohen Hause die Kenntnisnahme.

Bonn, den 1. Oktober 1968

Dr. Steinmetz

Berichterstatler

B. Antrag des Ausschusses

Der Bundestag wolle beschließen,

von der Verordnung — Drucksache V/3073 —
Kenntnis zu nehmen.

Bonn, den 1. Oktober 1968

Der Ausschuß für Wirtschaft und Mittelstandsfragen

Brand	Dr. Steinmetz
Stellv. Vorsitzender	Berichterstatter